

# INHALT

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	7
<b>Vorwort</b>	11
<b>1. Einführung</b>	
1.1 Vorabdefinitionen und Eingrenzung	16
1.2 Gang der Untersuchung	19
1.3 Quellen	21
1.4 Der Forschungsstand	22
1.5 Der Stellenwert des EP in der aktuellen politischen Diskussion	23
<b>2. Das Wirken der Europäischen Union als außenpolitischer Akteur</b>	29
2.1 Autonome Handelspolitik	33
2.2 Vertragliche Handelspolitik	34
2.3 Die Entwicklungszusammenarbeit	37
2.3.1 Das Lomé-System	39
2.3.2 Die gegenwärtige Basis: Das Cotonou-Abkommen	40
2.4 Humanitäre Hilfe	43
2.5 Menschenrechtspolitik	45
2.6 Die Kooperations- und Assoziierungsabkommen	48
2.6.1 Der Barcelona Prozess	50
2.6.2 Die Nachbarschaftspolitik der Union	51
2.7 Die Erweiterungspolitik	53
2.8 Die Entwicklung der GASP und der ESVP	55
2.8.1 Die Akteure der GASP	62
2.8.2 Die Kompetenzen und Strukturen der ESVP	63
2.9 Zwischenresümee – Die Mehrdimensionalität der EU-Außenbeziehungen	65

<b>3. Das Europaparlament als Akteur im europäischen institutionellen Umfeld</b>	<b>67</b>
3.1 Das Europaparlament – eine einzigartige Volksvertretung?	70
3.1.1 Die Wahlen zum Europaparlament	71
3.1.1.1 Die Zusammensetzung des Europaparlaments	74
3.1.1.2 Die Direktwahl des Parlaments – Legitimationsgrundlage für die Union	76
3.1.1.3 Volksvertretung ohne Volk?	79
3.1.2 Die Begriffe Partei und Fraktion auf europäischer Ebene	81
3.1.2.1 Die europäischen politischen Parteien	81
3.1.2.2 Die Fraktionen im Europäischen Parlament	83
3.1.2.3 Die Aufgabenabgrenzung zwischen europäischen Parteien und Fraktionen	86
3.2 Die parlamentarischen Mitwirkungsrechte	88
3.2.1 Die Mitwirkung des Europäischen Parlaments im Verfassungskonvent	89
3.2.2 Die Kompetenzerweiterung des Parlaments aus historischer Perspektive	90
3.2.3 Die politikbereichsabhängige parlamentarische Kompetenzausprägung	95
3.3 Das dynamische Umfeld der Europäischen Union	98
3.3.1 Die Kompetenzerweiterung aus integrationstheoretischer Perspektive	101
3.3.2 Politikwissenschaftliche Integrationstheorien im Überblick	102
3.3.3 Vorgaben für das nachfolgende Untersuchungsschema	106
3.3.4 Die integrationstheoretische Periodisierung des parlamentarischen Machtzuwachses	108
3.3.4.1 Der Funktionalismus als Basis der ersten parlamentarischen Entwicklungsphase	108
3.3.4.2 Das Parlament als neofunktionalistische Institution	112

3.3.4	Der historische Institutionalismus als Erklärungsansatz für die parlamentarische Entwicklung	115
3.4	Zwischenresümee – Ein selbstbewusstes Parlament in einem exzeptionellen Kontext	118
<b>4.</b>	<b>Die parlamentarische Beteiligung an der Unionsaußenpolitik</b>	121
4.1	Vertragliche Verankerung parlamentarischer Mitgestaltungsmöglichkeiten	124
4.1.1	Die Einheitliche Europäische Akte	124
4.1.2	Das Ringen um weitere Kompetenzen	128
4.1.3	Der Vertrag von Maastricht	131
4.1.4	Die Fortentwicklung mit Amsterdam	135
4.1.5	Der Vertrag von Nizza	138
4.2	Die Ausbildung parlamentarischer Kontrollfunktionen in der GASP	139
4.2.1	Die Vertragsrechtliche Entwicklung von Maastricht bis Nizza	140
4.2.2	Die Einbindung in die Gremien der GASP	142
4.2.3	Mitwirkungsoptionen durch das Budgetrecht	145
4.2.4	Interne Anpassungen des Parlaments als Reaktion auf Kompetenzentwicklungen	148
4.3	Kompetenzerweiterungen durch Interinstitutionelle Vereinbarungen	150
4.3.1	Parlamentarische Kompetenzerweiterungen beim Abschluss internationaler Abkommen	152
4.3.2	Das selbstbewusste Parlament im Vorfeld der Vertragsrevisionen	157
4.3.3	Interinstitutionelle Vereinbarungen im Bereich der GASP	163
4.4	Neuerungen mit dem Verfassungsvertrag	166
4.5	Zwischenresümee –Vertragsrechtliche Defizite bei der Mitbestimmung und interinstitutionelle Kompensation	169
<b>5.</b>	<b>Die eigenmotivierte Kompetenzerweiterung in der programmatischen Auseinandersetzung im Bereich der Menschenrechtspolitik</b>	173
5.1	Das außenpolitische Feld der Menschenrechtspolitik und die Rolle des EP	175

5.1.1	Die Menschenrechtsklauseln und Sanktionsmechanismen	177
5.1.2	Der internationale und interinstitutionelle Dialog	180
5.1.3	Gezielte parlamentarische Initiativen	183
5.2	Die Ausschüsse	185
5.2.1	Die Funktion des Ausschussvorsitzenden	189
5.2.2	Die Funktion des Berichterstatters	190
5.2.3	Die Arbeit der für die Menschenrechtspolitik relevanten Ausschüsse	192
5.3	Die Parlamentarischen Delegationen	196
5.3.1	Die EP-Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU	199
5.3.2	Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer	201
5.3.3	Wahlbeobachtungsmissionen	202
5.3.4	Der Transatlantic Legislators' Dialogue	204
5.4	Die Intergroups im Europaparlament	206
5.4.1	Fallbeispiel: Die Tibet-Intergroup	207
5.5	Selbstzuweisungen von Kompetenzen durch die parlamentarische Geschäftsordnung	209
5.6	Resümee – Kompetenzerweiterung durch Besetzung programmatischer Nischen	214
<b>6.</b>	<b>Fallstudien</b>	217
6.1	Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Volksrepublik China	218
6.1.1	Die Annäherung der Europäischen Gemeinschaft und Chinas	220
6.1.2	Die inhaltliche Basis der Unionsbeziehungen zu China	226
3.1.3	Kennzeichen der bilateralen Wirtschafts- und Handelspolitik	229
6.1.4	Die Beziehungen unter dem Eindruck europäischer Ambivalenz	234
6.1.4.1	Die unionsinternen Probleme bei der Umsetzung einer kohärenten Chinapolitik	238
6.1.4.2	Offenbarung der Ungleichheiten: Die Taiwan-Frage	241

6.1.4.3	Unnachgiebigkeit trotz Kooperation	243
6.1.5	Das Agieren des Europaparlaments	244
6.1.5.1	Initiativen des Europaparlaments	246
6.1.5.2	Das europäische Waffenembargo als thematische Positionierungsoption	248
6.2	Der Beitrittsprozess der Mittelosteuropäischen Staaten	249
6.2.1	Das Beitrittsverfahren	251
6.2.2	Der vertragsrechtliche und politische Gehalt der Beitrittsabkommen	253
6.2.3	Der Beginn der parlamentarischen Zustimmung	255
6.2.4	Die Rolle des EP bei den Beitrittsverhandlungen der MOE-Staaten	257
6.2.4.1	Das Wirken des federführenden Ausschusses	260
6.2.4.2	Die Beitritte von Bulgarien und Rumänien	265
6.3	Resümee – Der Rahmen der Mitwirkungsrechte definiert das Vorgehen des Parlaments	268
<b>7.</b>	<b>Das EP zwischen eigenständigem Akteur und Marionette nationalstaatlicher Interessen</b>	<b>273</b>
7.1	Der Untersuchungsgegenstand	275
7.2	Die Fraktion der SPE in der europäischen Volksvertretung	276
7.3	Die strukturelle Anbindung an die mitgliedstaatliche Ebene	278
7.3.1	Die Zusammenarbeit zwischen SPD-Bundesebene und der EP-Länderdelegation	279
7.3.2	Die Programmatische Abstimmung zwischen nationaler SPÖ und EP-Abgeordneten	282
7.3.3	Die Abstimmung zwischen Partei- und Gruppenebene bei der Labour Party	284
7.4	Die programmatische Profilierung in der GASP	287
7.4.1	Die Positionen der SPE-Fraktion	288
7.4.2	Die zukünftige Entwicklung der GASP aus Sicht der SPD	291

7.4.3	Die SPÖ und die GASP	293
7.4.4	Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Labour Party	296
7.4.5	Vergleichende Gegenüberstellung: Politische Bindung vs. Programmatische Flexibilität	297
7.5	Faktoren des fraktionsinternen Meinungsbildungsprozesses	299
7.5.1	Die Fraktionssitzung	301
7.5.2	Arbeitskreise und auswärtige Fraktionswochen	303
7.5.3	Der Posten des Koordinators	305
7.5.4	Die Bedeutung des Fraktionsvorstandes	307
7.5.5	Die programmatische Mitwirkung im Präsidium des Parlaments	309
7.5.6	Nutzen der Delegationen durch die nationale Besetzung eines Kommissionspostens	312
7.6	Die Fraktionsdisziplin und das freie Mandat	313
7.6.1	Die rechtliche Grundlage	315
7.6.2	Die Fraktionsdisziplin der Abgeordneten	316
7.7	Resümee – Bedingte politische Bindungen bei gleichzeitigem europäischem Chorgeist	318
<b>8.</b>	<b>Resümee</b>	<b>323</b>
8.1	Zusammenfassung: Grundlagen und Möglichkeiten parlamentarischer Partizipation	327
8.1.1	Die Europäische Union als Handelsmacht	328
8.1.2	Die Entwicklungspolitik	329
8.1.3	Die Menschenrechtspolitik	332
8.1.4	Die Erweiterung der Europäischen Union	334
8.1.5	GASP und ESVP	336
8.1.6	Die bilateralen Beziehungen der Union	338
8.2	Ausblick vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen	341
	<b>Tabelle: Die Abgeordneten des Europaparlaments</b>	<b>344</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>345</b>